

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #26/2015

22. August 2015

Die Fragen stellte Henrik Schaper, Politik- und Volkswirtschaftsstudent aus Salzgitter.

Henrik Schaper:

Frau Bundeskanzlerin, in der kommenden Woche fahren Sie zum Bürgerdialog in den Duisburger Stadtteil Marxloh. Ein Stadtteil, der in der Öffentlichkeit überregional als sozialer Brennpunkt bekannt ist und in dem sich Medienberichten zufolge viele Bürger nachts nicht mehr auf die Straße trauen. Warum haben Sie gerade Marxloh für Ihren dritten Bürgerdialog ausgewählt?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ich versuche, meine Bürgerdialoge zu dem Thema „Gut leben in Deutschland“ regional zu verteilen. Ich war in Rostock, zum Beispiel, ich habe mich auch in Berlin schon getroffen. Und da ist es wichtig, dass wir auch dahin gehen, wo es Probleme gibt. Denn wir wollen ja von den Menschen erfahren: Was erwarten sie? Was wollen sie? Was ist für sie gutes Leben in Deutschland? Und da ist Duisburg-Marxloh sicherlich nicht ein ganz einfacher Ort, aber ich freue mich trotzdem sehr, von den Problemen zu hören, die wir dort zu bewältigen haben. Es ist ein Ort, in dem gerade die Vielfalt in Deutschland auch ihren Ausdruck findet: Es leben 92 Bevölkerungsgruppen dort, 64 Prozent der Menschen haben einen Hintergrund, der von Migration geprägt ist. Es gab in den letzten Jahren auch sehr viel Zuzug aus Südosteuropa. Ein großer Teil der Jugendlichen ist leider arbeitslos und damit abhängig von Hartz IV. Das heißt, man kann schon sagen, dass es eine Konzentration von Problemen gibt, aber es gibt auch positive Dinge der Entwicklung. Und das möchte ich mir anhören – was die Menschen dort sagen.

Sie haben den Titel, unter dem der Bürgerdialog stattfindet, gerade ja selbst schon angesprochen: „Gut leben in Deutschland“. Vom Leben in Duisburg-Marxloh wird zumindest in den Medien ein sehr erschreckendes Bild gezeichnet. Kann es denn auch „gutes Leben in Marxloh“ geben, und wie können Sie in Ihrer Rolle als Bundeskanzlerin überhaupt dazu beitragen?

Also, auf jeden Fall möchte ich ja, dass es nicht Orte gibt, an denen man etwa nicht gut leben kann. Ich glaube auch, dass viele Menschen dort ihre Heimat lieben, genau wie man das an anderen Stellen in Deutschland auch tut. Aber wir müssen uns auch den Problemen stellen. Was kann ich als Bundeskanzlerin tun? Ich kann natürlich Sorge dafür treffen, dass wir auch in Marxloh, einem Ort, wo die Region – mit Duisburg zusammen natürlich – von Strukturwandel betroffen ist, dass wir dort alles unternehmen, um zu schauen: Wie können wir auch Arbeitsmöglichkeiten für die Zukunft schaffen? Das kann die Bundesregierung nicht alleine. Da arbeitet sie natürlich mit der Landesregierung zusammen. Wir können und müssen darauf achten, dass auch dort die Kinder gute Chancen auf Bildung haben; das ist sicherlich mehr eine Landesaufgabe, aber der Bund kann für Forschung, für Entwicklung vieles tun. Und es wäre ganz falsch, wenn man sich als Bundesregierung nicht auch dorthin bewegt, wo sich Probleme aufgehäuft haben.

Die Polizei in Nordrhein Westfalen reagiert auf die Ereignisse der letzten Wochen mit extrem verstärkter Präsenz. Das mag kurzfristig vielleicht helfen, aber haben Sie auch ein langfristiges, ein nachhaltiges Gesamtkonzept, einmal für Marxlöh, aber auch für vergleichbare Brennpunkte in anderen Städten? Oder sind Sie und die Politik am Ende machtlos, wenn Banden und Familienclans ganze Straßenzüge im Griff haben?

Vielleicht muss man erst nochmal sagen, dass es ja auch in jedem Ort Dinge gibt, die sich gut entwickelt haben. Und das, was man zum Beispiel von dort hört, ist die deutschlandweit bekannte „Hochzeitsmeile“, also dort kann man Brautkleider und Ausrüstung – sozusagen – für die Eheschließung erwerben; das wird auch ganz interessant sein, darüber etwas zu hören. Aber Sie sprechen die Sicherheitsprobleme an. Und das ist natürlich etwas, wofür der Staat verantwortlich ist. Das ist Länderpolizei, das sind die Landesbehörden, aber das ist auch das Bundesinnenministerium, und das ist auch das Bundeskriminalamt; wir arbeiten dort zusammen. Und so schwer es auch sein mag, so schwierig es auch oft ist, Familienclans und solche Strukturen aufzubrechen und auch offenzulegen und auch die entsprechenden Verurteilungen zu bekommen, so sehr müssen wir doch daran arbeiten. Denn wenn die Menschen den Eindruck haben, dass ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, dann stimmt etwas nicht, und dann kann man mit Sicherheit auch nicht gut leben in Deutschland. Denn „gut leben“ heißt aus meiner Sicht auch Angstfreiheit. Das heißt, es ist ein dickes Brett, das wir da zu bohren haben. Es gibt dort auch Erfolge, aber es gibt dort auch eine sehr gemeinsame Herangehensweise zwischen den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden und den Bundesbehörden. Und wir wollen – soweit wir das als Bund können – da auch unterstützen.

Beim Bürgerdialog treffen Sie ja direkt auf die Menschen. Sie werden also mit Einzelschicksalen konfrontiert. Zwei solcher Dialoge haben Sie bereits geführt. Wie soll es denn gelingen, die Probleme der Menschen in Ihre allgemeine Regierungspolitik einfließen zu lassen? Oder etwas provokant gefragt: Wie verhindern Sie denn, dass am Ende der Aktion gesagt wird: Der Bürgerdialog war „mehr Schein als Sein“?

Ja, wir haben uns natürlich auch mit solchen Fragen beschäftigt. Wir können nicht jeden einzelnen Menschen zu Wort kommen lassen. Wir haben eine Website, das heißt, jeder kann sich melden, kann seine Vorstellungen von gutem Leben auch auf unserer Internetseite einbringen. Aber natürlich treffe ich auf Einzelschicksale. Das Leben eines Landes manifestiert sich ja auch in vielen einzelnen Schicksalen. Und als ich zum Beispiel in Rostock das Thema Flüchtlinge besprochen habe, hat das ja viele Menschen auch bewegt. Und an einem Einzelschicksal kann man auch ein Gesamtthema besprechen, weil es dann auch konkrete Formen annimmt. Das heißt auf der einen Seite: Indem wir konkrete Menschen zu Wort kommen lassen, auch Probleme besprechen, reden wir über viele andere Menschen auch, deren Schicksal vielleicht etwas anders liegt, aber doch ähnlich. Und zum Zweiten verlassen wir uns nicht einfach auf unsere Eindrücke, sondern wir werten das Ganze wissenschaftlich aus. Das gibt dann der Sache noch mal eine Schwerpunktsetzung. Und diese wissenschaftliche Auswertung wird dann für uns auch der Maßstab sein, um einen Aktionsplan zu entwickeln: Was genau wollen wir verändern in unserer Politik der

Bundesregierung? Da wird es sicherlich auch politischen Streit geben, weil jeder das dann auch ein bisschen anders sieht, was man tun muss. Aber diese Stufen machen wir: Konkrete Begegnung mit Menschen, wissenschaftliche Auswertung, anschließend Schlussfolgerung. Und ich glaube, dann wird sich das Ganze gelohnt haben, ohne dass wir schon alle Probleme lösen können.